Posener Zeitung.

№ 207. Mittwoch den 6. September. 1848.

Inland.

Berlin, den 3. Sept. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Geheimen expedirenden Secretair und Kalkulator, Kriegsrath Tarnovius, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; und dem Geheimen Kanzlei-Inspektor Eckhardt beim Kriegs-Ministerium den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Förster Thiele zu Fiddichow, im Regierungs-Bezirk Stettin, das Allgemeine Ehrenzeichen; und dem Seconde-Lieutenant von Oertzen des 9. Husaren-Regiments die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Se. Hoheit der Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin ist nach St. Petersburg abgereist.

Posen, den 5. September. Was die Gazeta polska in No. 136 in Betreff der Emancipationsdebatte in der Provinzial-Lehrconferenz berichtet, ist falsch. Nach wenigen Worten, die der Deputirte aus Gnesen sprach, nahm Rektor Nowicki aus Wągrowiec das Wort und zeigte, daß sich die Schule vor allem Radikalismus zu hüten habe. Nach ihm sprach Rektor Flöter, jedoch nicht, daß die Schule unter der Bevormundung der Kirche (pod opieką kościoła) stehen, sondern daß sie frei von der unbedingten Aufsicht der Geistlichen sein müsse. Ebenso kräftig und entschieden verlangte dies der katholische Deputirte Schönke aus Posen, die Sache aus dem Gesichtspunkte der Gerechtigkeit betrachtend. Gegen den Vorwurf, als wollten sich die Lehrer von der Kirche trennen und alles religiöse Element aus der Schule verbannen, verwahrte er sich gleich im Eingange seiner ziemlich langen Rede mit den Worten: „Von der Kirche trennen wollen wir uns nicht, bei Gott! das wollen wir nicht", und fast die ganze Versammlung stimmte wie aus einem Munde bei: „Nein! nein!", was einen rührenden Eindruck auf die Zühörer machte. Mehr längere Reden wurden in dieser Sache nicht gehört.

☐ Berlin, den 3. September. Nach einer fast dreiwöchentlichen Abwesenheit kostet es einige Mühe, uns über den gegenwärtigen Stand der hiesigen Verhältnisse einen klaren und detaillirten Ueberblick zu verschaffen. Der mittlerweile durchgespielte Akt unseres Revolutions-Drama's, dessen Spuren an den zerbrochenen eisernen Barrieren unter den Linden noch jetzt zu erkennen sind, hat die Preußisch-Deutsche Frage für eine Weile in den Hintergrund gedrängt und ganz unzweifelhaft einer ministeriellen Krisis zur Vorbereitung gedient. Im Augenblick befindet sich Berlin in einem Schwebezustand wie nach einer nicht entscheidenden Schlacht. Man fühlt leicht die Unabgeschlossenheit der augenblicklichen Sachlage an allen Punkten und sieht einer nicht allzufern bevorstehenden Wendung der Dinge entgegen. Entweder wird das Ministerium zurücktreten und einem andern, an dessen Spitze man hie und da bereits Waldeck prognosticirt, das dornige Geschäft überlassen, unsern Staat auf irgendwelche gesetzliche Basis zurückzuführen, oder es wird die schwierige Handlung ohne Scheu selber vollziehen wollen und den unausbleiblichen Kampf mit dem theils offen, theils versteckt andringenden Republikanismus, wie mit der gleich gefährlichen absolutistischen Reaction ohne Zagen, offen, energisch und in diesem Falle, wie wir glauben möchten, siegreich bestehen. Wenn die Wahrnehmungen, die wir vornehmlich in den vielfach verkannten Rheinlanden gemacht haben, nicht völlig trügen, so würden entscheidende Schritte des Ministeriums in den Provinzen nicht allein auf keinen Widerstand stoßen, sondern selbst den lautesten Beifall erfahren. — Wie frech und unverhüllt die ultraradicalen Agitatoren hier jetzt ihr Spiel treiben, bezeugt ein erst gestern Abend im sogenannten souverainen Lindenklub und heute an allen Straßenecken von fliegenden Buchhändlern angebotenes Gedicht mit der Ueberschrift: „Fief la Repoplik!", dessen erste Strophe also lautet:

Weg mit det Gold und schwarzen Doot!
Wir Pulletarier woll'n blos roth.
Wir woll'n keenen ken'n nich haben;
Wer davon red't, is schon begraben.
Held sagt: Det allereenz'ge Glück
Is blos die rothe Repoplik! —

Mit craß-sinnlichen Farben werden dann die Schlaraffenfreuden des roth-republikanischen Zustandes derart geschildert, daß unter andern Verhältnissen das ganze Machwerk eher einer Satyre, als einer nichtswürdigen, auf Verführung der untern Volksklassen berechneten Schrift gleichen würde. Wie unsere Sachen aber jetzt stehen, wäre der Staatsanwalt mindestens ebenso berechtigt dagegen einzuschreiten, wie gegen Freiligraths Gedicht: Die Todten an die Lebendigen.

Ueber den bekannten Antrag der Commission in der Posener Angelegenheit wird voraussichtlich in der morgen stattfindenden Kammer-Sitzung mit überwiegender Majorität zur Tages-Ordnung geschritten werden. Ein gegnerischerseits projektirter Antrag, das Ministerium aufzufordern, sofort eine Demarkations-Linie zu ziehen und der Centralgewalt in Frankfurt davon Notiz zu geben, ist zurückgezogen worden, da durch die Tagesordnung ebenfalls dasselbe erreicht wird, zumal das Ministerium seit einigen Tagen auf Grund einer vorige Woche eingegangenen Mahnung des Reichsministeriums stark mit der betreffenden, ihrem Abschluß nahen Arbeit beschäftigt ist. Auffälliger Weise hat übrigens das Büreau der Frankfurter National-Versammlung vor erst ungefähr 14 Tagen das bezügliche Posener Gesetz der Centralgewalt zugefertigt.

△ Berlin, den 3. September. Die hiesige „Berlinische Gesellschaft für deutsche Sprache und Alterthumskunde" hat an die Preußische Nationalversammlung den Antrag gestellt, die bei der Bürgerwehr in Köln angenommenen deutschen Bezeichnungen Banner und Bannerführer statt der fremden Major und Bataillon in der Bürgerwehr überhaupt einzuführen und auch die übrigen noch üblichen fremden Benennungen und Bezeichnungen durch deutsche zu ersetzen. Einen ähnlichen Antrag hat sie an die Deutsche Nationalversammlung in Frankfurt gerichtet, damit bei der Umgestaltung des ganzen deutschen Heerwesens alle fremde Titel, Namen und Befehlsworte aus den deutschen Reihen schwinden.

△ Berlin, den 3. September. Betrübend aber leider nicht unwahrscheinlich ist es, daß wir sehr bald wieder einen neuen Bürgerwehr-Obersten zu wählen haben werden. Herr Rimpler wird von verschiedenen Seiten sehr lebhaft angegriffen, daß er der Polizei bei Nachsuchung nach Schießbedarf im Lokale des Handwerkervereins die Hülfe an Bürgerwehr hat angedeihen lassen. Man arbeitet mit allen Kräften daran, ihm das Vertrauen zu entziehen und ihn so zur Abdankung zu nöthigen. Heute Vormittag ist ein „Verein demokratischer Bürgerwehr-Männer" zusammengetreten, um ein „Mißtrauens-Votum gegen Herrn Rimpler" zu berathen. Herr Rimpler hat jetzt eine Ansprache an die Bürgerwehr drucken lassen, worin er den bezüglichen Hergang ruhig auseinander setzt, sein Verfahren rechtfertigt und schließlich erklärt, daß er in seiner Stellung nur so lange verbleiben werde, als er das Vertrauen der Bürgerwehr besitze. Es wird daher wahrscheinlich in den einzelnen Compagnieen zur förmlichen Abstimmung kommen, ob der Oberst ihr Vertrauen noch besitzt oder nicht. Rimpler's strategische Anordnungen bei Verwendung der Bürgerwehr sind ausgezeichnet, sie übertreffen die des General Aschoff bei Weitem; zudem ist er unermüdlich im Dienst, überall selbst auf dem Posten, und ein Mann der wackersten Gesinnung.

Berlin, den 3. Septbr. Die Ratifikationen des am 26. August zwischen Preußen und dem Deutschen Bunde einerseits und Dänemark andererseits abgeschlossenen Waffenstillstandes sind am 1. September in Lübeck ausgewechselt worden, und die Vollziehung hat bereits begonnen, indem von der Königl. Dänischen Regierung die Ordres zur Aufhebung der Blokaden an die betreffenden Kommandirenden der Schiffe abgesandt sind.

Breslau, den 1. Sept. Der heute Nachmittag hier angekommene Wien-Hamburger Eisenbahn-Vereinszug hat zum erstenmal die ganze Strecke von Wien hierher ohne Unterbrechung zurückgelegt. Das eine Hinderniß auf der Welthandelsstraße zwischen Hamburg und Triest ist also glücklich beseitigt; ebenso ist auch die Uebersteigung des Sömmering mit der Bahn bereits in Angriff genommen.

Düsseldorf, den 31. August. Die Verhaftung F. Freiligraths hat eine außerordentliche Sensation in Stadt und Land hervorgerufen. Große Plakate riefen gestern Abend eine große Volksversammlung zusammen. Der Volksklub und der demokratische Verein präsidirten derselben. Die Massen waren aufgeregt und es gelang nur dem energischen Verfahren der Vorsitzenden, dieselben von übereilten Handlungen abzuhalten. Man beschloß eine Deputation von 25 Personen aus beiden Vereinen an den Oberprokurator zu senden, um anzufragen, worin der Grund zu der Verhaftung liege, und ferner um zu bitten, die Untersuchungshaft so viel als möglich abzukürzen und dieselbe dem berühmten Gefangenen zu erleichtern. Diesen Morgen nun begab sich diese Deputation, (der sich eine Deputation des Kölner Arbeitervereins anschloß) zu dem Oberprokurator, welcher ihnen die Versicherung gab, daß der Verhaftsbefehl nicht allein von der hiesigen Justizbehörde ausgegangen sei, die Beschleunigung der Untersuchung fordere schon das Gesetz und für die bestmögliche Behandlung des großen Dichters werde alles aufgeboten werden. Die Deputationen begaben sich demnächst in ein nahes Lokal, um sofort eine energische Adresse an das Ministerium in Berlin zu entwerfen, in welcher auf die möglichen Folgen, welche durch die große Aufregung des Volkes hervorgerufen werden könnten, aufmerksam gemacht werden soll. (Düsseld. Z.)

Frankfurt, den 31. August, 12¼ Uhr Mittags. (69. Sitzung der Deutschen Nationalversammlung.) Die Sitzung wird durch den Präsidenten v. Gagern eröffnet. Reichsminister des Aeußern theilt mit, daß nach aus Berlin eingegangener Nachricht am 26. August zu Malmö ein Waffenstillstand zwischen Deutschland und Dänemark abgeschlossen worden ist. Die fernere Mittheilung über Zeit und Modalitäten des Waffenstillstandes behält sich der Minister bis zum Eingange der näheren Nachrichten vor. Mit Bezugnahme auf diese Zusicherung zieht Dahlmann eine bereits übergebene Interpellation vorläufig zurück. Reichsjustizminister Rob. Mohl legt einen Gesetzentwurf über Bekanntmachung der Reichsgesetze vor. Die Verkündigung geschieht durch die provisorische Centralgewalt in einem, unter Verantwortlichkeit des Reichsjustizministeriums erscheinenden Reichsgesetzblatt. Zugleich werden die Gesetze den einzelnen Regierungen zur nochmaligen speziellen Verkündigung in den einzelnen Ländern mitgetheilt. Die Gesetze erhalten verbindende Kraft 20 Tage nach Ausgabe des Reichsgesetzblatts in Frankfurt. Buchhändler Hahn in Hannover hat der Nationalversammlung einen Katalog seiner Verlagswerke zur Auswahl Behufs der Gründung einer Reichsbibliothek zugesendet. Die Versammlung spricht ihren Dank für dieses patriotische Geschenk aus. Es wurde hierauf zur Wahl des Präsidenten geschritten. Heinrich v. Gagern erhält (bei 436 Stimmenden) 396 St., v. Hermann von München 31, v. Rotenhan 1, v. Soiron 2, v. Beisler 1, Hermann aus Sachsen 1, Blum 2, Kotschy 1, Simon aus Breslau 1 St. Heinrich v. Gagern wird als Präsident verkündigt. (Beifall.) Präsident v. Gagern: Ich danke Ihnen für die Nachsicht, mit der Sie meine bisherige Geschäftsführung beurtheilt haben, und für das Vertrauen, das Sie mir von Neuem beweisen. Ich hoffe, daß ich auch in meiner neuen Geschäftsführung mich beider nicht unwerth zeigen werde. (Beifall.) Bei der nun folgenden Wahl des ersten Vicepräsidenten wurde

v. Soiron mit 284 St. bei 435 Stimmenden gewählt. (Beifall; Zischen auf der Linken.) v. Soiron: Ich danke Ihnen, daß Sie mir Ihr Vertrauen erhalten haben; ich werde meine Pflicht, wie bisher, üben. (Beifall; andauerndes Zischen auf der Linken). Viele Mitglieder der Linken geben eine Erklärung zu Protokol, nach welcher sie bei der, troß der bisherigen Erfahrungen, erfolgten Wiedererwählung v. Soiron's, für welchen sie nicht gestimmt haben, die Schuld aller nachtheiligen Folgen von sich abweisen. (Gelächter auf der Rechten.) Die übrigen Stimmen sind auf v. Hermann aus München (141 St.), Brentano (1 St.), Radowitz (1 St.), Blum (2 St.), Graevell (1 St), Riesser (1 St.), v. Schrenck (1 St.), Heinr. Simon aus Breslau (3 St.) gefallen. Es wird hierauf zur Wahl des zweiten Vicepräsidenten geschritten. v. Hermann aus München erhält bei 417 Stimmenden 270 St., Heinrich Simon 108 St., v. Radowitz 15 St., Simson von Königsberg 13 St., Rießer 1 St., Blum 2 St., Schüler von Jena 2 St., Sepp 1 St., v. Soiron 1 St., Kotschy 1 St. v. Hermann wird als zweiter Vicepräsident verkündigt. (Beifall.) von Hermann: Ich danke für das ehrende Vertrauen, mit welchem Sie mich wieder zum Gehülfen des edlen Mannes ernannt haben, den Deutschland mit Stolz an ihrer Spitze sieht. Ich werde stets mich bestreben, nach der Geschäftsordnung Ihren Willen zu ergründen und zu vollziehen. (Beifall.) Von Seiten der Abgeordneten Veit und Schwetschke werden der Nationalversammlung gleichfalls Kataloge ihrer Buchhandlungen zur Auswahl behufs Bildung einer Reichsbibliothek zur Verfügung gestellt. Die Versammlung beschließt den Dank für dieses Anerbieten. Die Ausschüsse werden die Auswahl treffen. — Für den Flottenbau sind wieder gegen 7500 Fl. an Beiträgen, darunter von Deutschen aus Konstantinopel (Beifall) eingegangen. — In einer der letzten Sitzungen hatte v. Soiron Bericht erstattet über eine dem Fünfzigerausschuß von Seiten des Frankfurter Senats gemachte Vorlage von 2000 Gulden. Die Nationalversammlung beschließt, den Betrag mit Dank zurückzuersetzen. Ferner wird nach einem bereits früher von Tafel aus Stuttgart gestellten Antrag, dem Fünfzigerausschuß für seine patriotische Aufopferung der Dank der Deutschen Nation ausgesprochen. (Beifall.) Zugleich sollen den Mitgliedern des Fünfzigerausschusses aus der Reichskasse Reisekosten, wie den Mitgliedern der Nationalversammlung und drei Thaler Tagegelder gezahlt werden. Schluß der Sitzung 2 Uhr. Tagesordnung der morgentlichen Sitzung: 1) Beantwortung von Interpellationen durch die Reichsminister, 2) Berathung über den Bericht des Geschäftsordnungsausschusses wegen Wiedereröffnung der Gallerien, 3) Fortsetzung der Berathung über die Grundrechte.

Frankfurt a. M., den 1. Septbr. Die O.-P.-A.-Ztg. enthält in ihrem amtlichen Theile Folgendes: „In Gemäßheit des Artikels 14 des Gesetzes vom 28. Juni d. J. haben bereits die Regierungen der meisten Staaten Deutschlands ihre Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt ernannt und es ist zu hoffen, daß auch von Seiten der übrigen Regierungen diese Ernennung binnen kurzem erfolgen werde. Die bereits ernannten Bevollmächtigten sind: für Preußen: Herr Staatsminister Camphausen; für das Königreich Sachsen: Herr Geh. Regierungsrath Kohlschütter; für Hannover: Herr Justizrath von Bothmer; für Württemberg: Herr Ober-Tribunalsrath Frh. v. Sternenfels; für Baden: Herr Geheimerath Welcker; für Kurhessen: Herr Geh. Legationsrath Sylvester Jordan; für das Großherzogthum Hessen: Herr Ministerialrath v. Eigenbrodt; für Holstein: Herr Professor Dr. Madai; für Lauenburg: Herr Geh. Rath Welcker; für Luxemburg und Limburg: Herr Staatsrath v. Scherff; für Sachsen-Weimar: Herr Staatsrath von Wydenbrugk; für Sachsen-Meiningen: Herr Staatsrath Seebeck; für Sachsen-Coburg-Gotha: Herr Geh. Regierungsrath Kohlschütter; für Braunschweig: Herr Geh. Legationsrath Dr. Liebe; für Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz: Herr Regierungsrath Dr. Karsten; für Oldenburg: Herr Oberst Joh. Ludwig Mosle; für Hohenzollern, Reuß und Hessen-Homburg: Herr Geh. Rath Frh. Adolf v. Holzhausen; für Lippe-Detmold: Herr Geh. Justiz-Rath Petri; für Hamburg: Herr Senator Kirchenpaur; für Frankfurt: Herr Schöff Dr. Souchay; für Bremen: Herr Bürgermeister Smidt; für Lübeck: Herr Senator Dr. Heinrich Brehmer."

Frankfurt, den 1. Sept., Vormittags $10\frac{1}{4}$ Uhr. In der heutigen 70. Sitzung der konst. Deutschen Reichsversammlung zeigte der Präsident die Constituirung des Finanzausschusses an, zu dessen Präsidenten Hr. v. Rotenhan erwählt worden. Die Interpellation des Abgeordneten Reh und Consorten beantwortet der Reichsminister des Auswärtigen dahin, daß es die Absicht des Ministerraths sei, die Vorlage des Programms über äußere Politik mit Hinsicht auf das Eintreffen des Abschlusses des Waffenstillstandes zwischen Deutschland und Dänemark vorläufig noch auszusetzen, da in dieser letzten Beziehung noch keine weiteren Mittheilungen der k. Preußischen Regierung dem Reichsministerium zugegangen seien. Als Gesandter für Brüssel ist Graf Drachenfels bestimmt. Raveaux hat den Gesandschaftsposten für die Schweiz angenommen. Die Wernher'sche Interpellation, die Limburg'sche Frage betreffend, beantwortet der Reichsminister des Auswärtigen dahin, daß er den betreffenden Gesandten für die Niederlande beauftragt habe, der Niederländ. Regierung die officielle Mittheilung von den Beschlüssen der Nationalversammlung zu machen, sowie die Verwirklichung dieser Beschlüsse zu beantragen, ferner sämmtliche Beschwerden der Bewohner Limburgs der Holländischen Regierung zu unterbreiten, und falls der Thatbestand sich bewarheite, die entsprechende Genugthuung zu beantragen. Wernher gibt sich mit dieser Erklärung nicht zufrieden und stellt sofort zwei neue Anträge, über deren Dringlichkeit in diesem Augenblick abgestimmt wird.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 29. Aug. National-Versammlung. Schluß der Sitzung vom 29. August. Eine lange Aufregung folgte der Verlesung des Verfassungs-Entwurfs. Herr Laussedat begründete sodann seinen gestern als dringlich erklärten Vorschlag, daß zur Prüfung der in den Tuilerieen u. s. w. gefundenen Papiere eine Kommission ernannt werden solle. „In den Tuilerieen und im Louvre sind", sagt er, „viele wichtige Dokumente gefunden worden, von denen ich sogar eins in den Händen eines Zöglings von St. Cyr sah. Bei den jüngsten politischen Manövern, welche zwischen den alten und jüngeren Bourbonen behufs des Sturzes der Republik stattgefunden, so wie in Rücksicht auf den Ausfall der neuen Munizipalwahlen, in denen das legitimistisch-orleanistische Element bedeutend hervorgetreten, ist die Veröffentlichung und Classifikation jener Papiere von Wichtigkeit. Es wird dadurch mancher Achselträger, manche unerwartete Gratulation, mancher liberaler Kratzfuß bei Hofe zu Tage kommen." Der Minister des Innern bemerkte, daß die Regierung die ihr gewordene Aufgabe eifrigst zu erfüllen suche. Sie wache Tag und Nacht darüber, daß die Ruhe nicht gestört werde, und er könne in ihrem Namen erklären, ddß nichts diese Ruhe bedrohe, daß im Gegentheil überall das Vertrauen sich herstelle. Die Wichtigkeit, welche der Antragsteller der vermeintlichen Verschwörung der alten und jüngeren Bourbonen beilege, sei übertrieben. Eben so der angebliche Sieg der Orleanisten und Legitimisten in den Munizipalwahlen. Was den Vorschlag des Herrn Laussedat angehe, so glaube die Regierung, daß die begehrte Prüfung der fraglichen Papiere durch eine Kommission bedenkliche Nachtheile im Gefolge haben werde; er ersuche deshalb die Versammlung, sich nicht durch ein sofortiges Dringlichkeitsvotum zu binden. Larochejacquelin erhob sich gegen die Ausführungen Laussedat's und erklärte denselben für einen schlechten Bürger. Laussedat wies diese Bezeichnung mit Entrüstung zurück und beharrte auf seinem Antrage. Der Dringlichkeits-Antrag wurde hierauf mit 368 gegen 332, die Ueberweisung des Vorschlags an das Comité des Innern mit 332 gegen 294 Stimmen verworfen, die Ueberweisung desselben an die Abtheilungen dagegen ohne Abstimmung genehmigt.

Sitzung vom 30. August. Armand Marrast, von seiner Krankheit wieder hergestellt, eröffnet die Sitzung um $2\frac{1}{4}$ Uhr mit der Anzeige, daß der Bericht über den modifizirten Verfassungs-Entwurf fertig und von ihm dem Büreau übergeben worden sei, das den Druck und die Vertheilung desselben besorgen werde. Die Versammlung habe nur den Tag zu bestimmen, an welchem sie die Besprechung desselben beginnen wolle. Stimmen: „Nächsten Montag!" Die Versammlung bestimmt diesen Termin als Beginn der Diskussion der neuen Verfassung. Präsident Marrast: Um diese Diskussion möglichst zu fördern und auch die anderen Tagesgeschäfte nicht leiden zu lassen, schlage ich der Versammlung vor, von Montag an täglich zwei Sitzungen, eine Vor- und eine Nachmittags, zu halten. Die Nachmittags-Sitzung von 2 bis 6 Uhr wäre ausschließlich zur Berathung der Verfassung bestimmt." Die Versammlung entscheidet sich für zwei Sitzungen an jedem Tage. — Die Tagesordnung führt nun zu Berathung der Fleischsteuer von Paris. Die provisorische Regierung hatte diese Steuer, wenn auch nicht völlig abgeschafft, so doch im Interesse der Nahrungsmittel des Armen bedeutend vermindert. Diese Herabsetzung, ohne den Preis des Fleisches zweiter Sorte (die Verminderung traf vorzüglich nur diese Sorte) rief einen bedeutenden Ausfall in den Gemeinde-Fonds hervor, und der jetzige Finanz-Minister will diese Lücke durch Wiedereinführung jener Thorsteuer ausfüllen. Schließlich wurden die Octroi-Gebühren auf Fleisch, wie sie vor dem 24. Februar bestanden, wieder angenommen. Die Versammlung schreitet jetzt zur Berathung des Entwurfs, welcher das Gesetz vom 2. März 1848 rücksichtlich der Arbeitsstunden (Reduktion von 12 und respektive 11 auf 10 Stunden) außer Kraft setzen soll. Pierre Leroux erhält das Wort. Er betrat die Rednerbühne mit einem Stoß von Papieren, den er vor sich ausbreitete, und deren Vorlesung über anderthalb Stunden dauerte. Die Einleitung bildeten allgemeine Betrachtungen. Der Skeptizismus greife wieder um sich in Frankreich. Der Despotismus suche wieder Fuß zu fassen. Die Menschheit, die ihn zu transfiguriren gestrebt, sehe ihre Bestrebungen wieder gehemmt. Die alten Regierungs-Maximen zeigten sich von neuem gerüstet auf dem Schlachtfelde (Oh! Oh! Ja! Ja!), jedoch als einsichtslose Gendarmen. (Allgemeines Gelächter.) Was den in Rede stehenden Gesetz Entwurf betreffe, so sei es ein wahres Verbrechen, die Hand auch noch an das einzige wahrhaft menschliche und ächt republikanische Gesetz zu legen, das von der Februar-Revolution noch übrig geblieben. Dieses Gesetz sei die schönste Frucht jener glorreichen Bewegung. Und man wolle uns niederschmettern durch einen Majoritätsstreich (Lärm). Die Ehre desselben gebühre ausschließlich jenem jungen Volksvertreter, der jetzt durch seine Abwesenheit glänze. (Das ist unerträglich! Zur Ordnung.) Der Redner geht dann in lange ökonomische Betrachtungen über die heutige gesellschaftliche Organisation ein, verliert aber den Zusammenhang durch einen unglücklichen Zufall, der ihm alle seine Papiere zu Boden wirft, und tritt ab. Duffey unterstützt den Entwurf und bekämpft die Februar-Irrthümer. Die Hauptsache sei, die Arbeit nicht auf 10 Stunden zu verkürzen, sondern dem Arbeiter auch 10 Stunden Arbeit täglich zu verschaffen.

Das Siècle erzählt, nach der Sitzung der Nationalversammlung vom 25. und 26. sei L. Blanc am Sonnabend früh mit einem Freunde in einer Mieth-

kutsche direkt nach St. Denis gefahren, wo er um 7½ Uhr anlangte. Der Zug nach Brüssel war eben abgefahren, und er mußte zwei Stunden auf den nächsten Zug warten. Der Constitutionnel sagt, die Polizei habe nicht einmal gewußt, daß L. Blanc schon seit zwei Monaten seine Wohnung verändert hatte; sie habe ihn zuerst in seiner früheren Wohnung aufgesucht. Die Gazette des Tribunaux erklärt, L. Blanc und Caussidière hätten keinesweges dem Prokurator angezeigt, daß sie sich in wenigen Tagen stellen würden.

— Im heutigen „Moniteur" liest man: Die beunruhigendsten Gerüchte waren gestern bezüglich Montpellier's im Umlaufe. Wir sind ohne genaue Details hinsichtlich der Thatsachen, aber wir haben die Gewißheit, daß die Collision, welche in jener Stadt vorfiel, trotz ihrer Erheblichkeit unterdrückt ward und daß die Ordnung jetzt hergestellt ist. Die zwei von der Regierung empfangenen telegraphischen Depeschen lauten: „Eine Kundgebung der legitimistischen Partei hat so eben zu Montpellier ernsthafte Ruhestörungen veranlaßt. Der Präfekt begab sich an der Spitze einer Compagnie der Nationalgarde auf den Schauplatz der Unordnung. Er trat allein vor, um Friedensworte zu sprechen, wurde aber mit einem Steinhagel und mehreren Flintenschüssen empfangen. Ein Gensd'arm wurde an seiner Seite schwer verwundet; eben so auch ein Polizei-Commissar und ein Instruktionsrichter. Der Präfekt empfing eine Contusion an der Schulter, die ihn zu unterzeichnen verhindert. Das Viertel, wo diese Ruhestörung sich zutrug, ist durch die Nationalgarde umzingelt. Die gerichtliche Untersuchung hat begonnen. — Zweite Depesche: Obgleich noch große Aufregung herrscht, ist die Stadt doch materiell ruhig. Der Gensd'arm, welcher gestern neben dem Präfekten verwundet ward, starb in der Nacht. Fünf verwundete Legitimisten sind im Spital. Der Präfekt leidet sehr an seiner Wunde; der General-Prokurator hat das Gericht zu dem in dieser Sache nöthigen Verfahren aufgefordert." Andere Angaben lassen den Befehlshaber der Gensd'armerie getödtet und verwundet sein. Von hier ist heute der General-Prokurator Laissac nach Montpellier abgereist. — Spanien will angeblich statt baarer Bezahlung der Kriegskosten von 1823, welche es unserer Regierung noch schuldet, die Balearischen Inseln an Frankreich abtreten.

Dänemark.

Dem abgeschlossenen Waffenstillstande zum Trotz wird in Kopenhagen mit dem Verkauf der kondemnirten Deutschen Schiffe fortgefahren. So ist zum 11. September der Verkauf folgender 6 Schiffe angezeigt: „Caroline Ottilie" von Wollin, „Elise" von Weener, „Mathilde" von Wolgast, „Helene Katharina", „Anna" und „Johannes", alle drei von Pappenburg.

Rußland.

Den aus Transkaukasien eingetroffenen Nachrichten zufolge haben sich die Russen, nach einem sehr blutigen Gefechte, der Tscherkessischen Festung Ghergheбil bemächtigt, woselbst sich die Pulver- und Waffenfabriken Schamyl's befanden. Der Platz wird für einen der wichtigsten Punkte, ja für den Schlüssel des Daghestan gehalten. Nach einem in Tiflis verbreiteten Gerüchte soll Fürst Woronzoff, für den Fall eines Europäischen Krieges, zum Oberbefehlshaber der Operationsarmee bestimmt sein, und im Kaukasus durch den Grafen Murawiew ersetzt werden.

(O. L.)

Italien.

Rom, den 18. August. Seit einigen Tagen herrschte große Stille. Allerdings hieß es, man bereite sich zu einem kräftigen Widerstande; doch war im äußern Leben wenig davon zu bemerken. Die Kammer wählte eine Kommission von zehn Mitgliedern, welche die geeigneten Pläne dazu entwerfen sollte. Unterdessen verbreitete sich das Gerücht, der Papst habe eine wichtige Depesche erhalten; man glaubte allgemein, sie komme von Radetzky und enthalte eine Kriegserklärung oder werde sie von hier aus zur Folge haben. Etwas Wichtiges war auf jeden Fall im Werke; der Papst in großer Unruhe. Als ein großes Geheimniß, aber als ganz sicher wird nun angegeben, daß nicht die Oesterreicher, sondern die Franzosen nächstens in Rom einziehen sollen, um endlich hier Ruhe zu stiften und das leere Kriegsgeschrei zu unterdrücken. Die Engländer, fügt man hinzu, würden wahrscheinlich irgend einen Küstenpunkt besetzen. Daß es nun Pius beunruhigt, zu fremder Hülfe gegen innere Feinde seine Zuflucht nehmen zu müssen, ist sehr natürlich. Gewiß ist aber auch auf der andern Seite, daß ohne Gewalt die exaltirte Partei ihr Spiel nicht aufgeben wird. Ein Theil der Kammer ist vielleicht schon von diesem Schritte unterrichtet. Die Commission der Zehn verlangte gestern eine geheime Sitzung für morgen und deutete an, daß zum Theil internationale Rücksichten sie dazu veranlaßten. Die äußerste Linke machte zwar geltend, daß eine öffentliche Sitzung in eine geheime verwandelt, aber nicht eine geheime im Voraus angesetzt werden könne. Dies ist jedoch nur Formalität, und wahrscheinlich wird sich morgen das Schicksal Roms entscheiden.

(O.-P.-A. Z.)

Neapel, den 15. August. Die Lazzaroni haben sich in Masse versammelt und eine Fahne aufgepflanzt auf der zu lesen war: Nieder mit der Constitution! Es lebe der absolute König! — Unsere Constitution ist jetzt wirklich in Gefahr.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

Die achtundvierzigste Sitzung, vom 1. September, wird um 9½ Uhr durch den Präsidenten Grabow eröffnet. — Schriftführer Abg. Plönnies verliest das ohne weitere Erinnerung angenommene Protokoll der gestrigen Sitzung. — Minister-Präsident v. Auerswald bringt, da er vernommen, daß Hr Phillipps eine desfallsige Interpellation eingereicht hat, den mit Dänemark abzuschließenden Waffenstillstand zur Sprache. — Er könne jetzt mittheilen, daß heute mit größter Wahrscheinlichkeit in Lübeck der Waffenstillstand abgeschlossen und die desfallsige Nachricht alsdann morgen hier anlangen werde.

Hr. Berends beginnt seine neulich schon angekündigte Interpellation in Betreff des polizeilichen Verfahrens gegen den Handwerkerverein und stellt den Antrag auf Vorlegung der betreffenden Akten. Minister Kühlwetter weist die Vorwürfe zurück; der Antrag wird verworfen.

Hr. d'Ester: Dringender Antrag vor der Tagesordnung. Die Stände der Oberlausitz sind für den 4. September durch den Landesältesten Grafen v. Löben, zu einem Communal-Landtage zusammenberufen worden, um gegen das Recht der National-Versammlung, Steuern aufzuheben rc., zu protestiren. In dem desfallsigen Proteste berufen sie sich auf ihre, ihnen durch Johann von Böhmen 1319 verliehenen Privilegien (anhaltendes Gelächter). Der Antragsteller fordert das Ministerium auf, dergleichen ungesetzliche, nichtsdestoweniger in gesetzliche Form gebrachte, Sondergelüste zu unterdrücken, die das Vorhandensein der gegenwärtigen Versammlung, wenn jede Provinz oder jeder Kreis für sich mit der Krone vereinbaren wolle, gar bald überflüssig machen würde.

Der Minister Kühlwetter versichert, daß das Gouvernement nicht die geringste Kenntniß von diesem Schritte habe, daß jedoch Erkundigungen eingezogen werden sollten, um die Strafbaren zur Verantwortung zu ziehen. Uebrigens müsse er bemerken, daß die Schritte der Oberlausitz die hohe Versammlung schwerlich irritiren würden.

Vor der Tagesordnung wird ferner, auf den Antrag des Ref. Abgeordneten Behnsch, der Bericht der Commission zur Untersuchung der Zustände des Großherzogthums Posen, verlesen. Angesichts der Beschlüsse der Frankfurter Reichsversammlung erachtet sich die Commission für verpflichtet, obwohl sie noch nicht im Stande ist, der hohen Nationalversammlung einen auch nur einigermaßen erschöpfenden Bericht über den ganzen Stand der Dinge abzustatten, vorläufig den Antrag zu stellen: die Nationalversammlung wolle das Staatsministerium ersuchen, bis dahin, wo die Commission im Stande sein wird, das Endresultat ihrer Berathungen vorzulegen, die vorläufige Demarkationslinie im Großherzogthume Posen nicht definitiv feststellen zu lassen. Dieser Antrag begründet sich dadurch, daß diese Demarkationslinie nicht vor einer sorgfältigen Untersuchung und Prüfung der betreffenden nationalen Verhältnisse des Großherzogthums, welche der Commission übertragen worden ist, ausführbar erscheint. Eine solche Feststellung würde auch für die Arbeiten der Commission und den künftigen Beschluß der Nationalversammlung im höchsten Grade präjudizirlich sein, da die Commission die Mittel erforschen und angeben soll, wie ferneren Ausbrüchen der Zwietracht vorzubeugen und ein bleibender Friede zwischen den Angehörigen der Deutschen und der Polnischen Nationalität herzustellen sei, indem es leicht möglich wäre, daß gerade die Feststellung einer angenommenen Demarkationslinie die gegenseitigen Interessen der beiden Nationalitäten auf das Höchste gefährden, und nicht nur einen bleibenden Frieden unmöglich machen, sondern alsbald neue Ausbrüche der Zwietracht hervorrufen könnte. Endlich hält die Commission den gestellten Antrag darum für gerechtfertigt, weil sie erst ermitteln soll, wie die beabsichtigte Reorganisation des Großherzogthums Posen im nationalen Sinne durchzuführen sei, die Demarkationslinie, also, wenn überhaupt, nicht eher festgestellt werden kann, als bis diese Ermittelung erfolgt ist.

Hr Neustiel. Dringender Antrag vor der Tagesordnung: „Die Versammlung wolle beschließen, daß die bestehenden Hofedienste (Robot) sofort aufhören." (Unterstützt, die sofortige Diskussion jedoch verworfen.)

Desgleichen wird der Antrag des Hrn. Hanow: „Dem zweiten Bericht der Central-Abtheilung über einen Antrag, betreffend die Einstellung der schwebenden Verhandlungen Behufs Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse und Dienst-Ablösungen den Vorrang vor der nächsten Tagesordnung zu geben", bis zur nächsten Freitags-Sitzung verlegt.

Man kommt zur Tagesordnung. An derselben ist der Bericht der Central-Abtheilung über den von dem Abgeordneten Friedrich gestellten Antrag auf Unterstützung der in ihren Civilverhältnissen verarmten Krieger aus den Feldzügen von 1813, 1814 und 1815. Hiernach trägt die Central-Abtheilung darauf an, daß die Versammlung Folgendes beschließen wolle: 1) Die den Combattanten aus den Jahren 1813 — 1815 durch die Cabinets-Ordre vom 13ten März 1846 in den Stufen 12. und 11b. zugestandene Klassensteuer-Befreiung wird auch auf die Steuerstufe 11a. ausgedehnt. 2) Die nach Beendigung des Krieges bei dem Ausscheiden aus dem Dienst erfolgte Verzichtleistung auf Invaliden-Ansprüche wird als nicht geschehen betrachtet. 3) Für den Anspruch auf Unterstützung, genügt der Nachweis der Dürftigkeit und die Beibringung einer ärztlichen Bescheinigung darüber, daß die Invalidität in Folge der Kriegsstrapazen eingetreten ist, selbst wenn auch keine Verwundung nachgewiesen wird. 4) Den anerkannten Unterstützungs-Berechtigten wird nach Vollendung des sechzigsten Lebensjahres, im Fall wirklicher Hülfsbedürftigkeit, der erhöhete Unterstützungs-Betrag von resp. 2 Rthlr. und 3 Rthlr. monatlich gezahlt und 5) die Anzahl der noch lebenden und verarmten Krieger, welche keine Invaliden-Unterstützung beziehen, ist zu ermitteln, und es wird bis zum Eingange dieser Nachricht der weitere Beschluß vorbehalten."

Zu diesem vorstehenden Antrage werden zahlreiche Amendements gestellt. — Hr. Igel verlangt, daß der Antrag auch auf die Krieger von 1806—7 ausgedehnt werde. Hr. Krackrügge: „Denjenigen Combattanten, welche in mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten wohnen, und welche so unvermögend sind, daß sie zur Klassensteuer gar nicht, oder doch nur zu den drei untersten Stufen 12, 11b und 11a würden herangezogen werden können, wird die Mahl- und Schlachtsteuer für ihre Personen und für die zu ihrer Haushaltung gehörigen Personen aus der Staatskasse, und da, wo ein Communal-Zuschlag erhoben wird, auch aus der Gemeindekasse erstattet. Der auf den Kopf fallende Betrag der Mahl- und Schlachtsteuer wird von der betreffenden Regierung nach dem Durchschnittsertrage des letzten Jahres ermittelt und festgestellt;" Herr Hepche: „(zusätzlich hinter 1 des Antrages als 2). 2) Diese Combattanten genießen auch die Freiheit von jeder Verpflichtung zur Lösung eines Gewerbescheines. (zusätzlich zwischen 4 und 5 des Antrages event. unter Nr. 6): 6) Sie sind der traurigen Lage, Almosen öffentlich ansprechen zu müssen, durchaus zu entheben;" Hr. Stalling: daß die zu Unterstützenden ihr Geld auf der nächsten Steuerstube in Empfang nehmen oder auch abholen lassen können; Hr. Dehnel: daß der betreffende Gemeindevorsteher die qu. Unterstützung allmonatlich auszahle und wiedererstattet erhalte; Ein anderer Abgeordneter: daß die Unterstützungssätze mit 1 und 2 Thlr. auf 4 und 6 Thlr. zu erhöhen, mit dem 60sten Jahre aber annoch zu verdoppeln, alte Krieger auch auf ihren Wunsch in ein Invalidenhaus aufzunehmen seien; Hr. Friedrich endlich: daß jedem Combattanten nach seiner Charge der Invalidengehalt zu geben sei.

(Schluß folgt.)

Marktbericht. Posen, den 4. Sept.
(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß.)

Weizen 2 Rthlr. 6 Sgr. 8 Pf., auch 2 Rthlr. 15 Sgr. 7 Pf.; Rogge

1 Rthlr. 1 Sgr. 1 Pf., auch 1 Rthlr. 5 Sgr. 7 Pf.; Gerste 26 Sgr. 8 Pf. auch 1 Rtlr. 1 Sgr. 1 Pf.; Hafer 15 Sgr. 7 Pf., auch 17 Sgr. 9 Pf.; Buchweizen 26 Sgr. 8 Pf., auch 1 Rtl. 1 Sgr. 1 Pf.; Erbsen — Rtl. — Sgr. — Pf., auch — Rtlr. — Sgr. — Pf.; Kartoffeln 8 Sgr. — Pf., auch 8 Sgr. 11 Pf.; der Ctn. Heu zu 110 Pfd. 20 auch 24 Sgr.; Stroh, das Schock 4 Rthlr., auch 4 Rthlr. 15 Sgr.; Butter das Faß zu 8 Pfd. 1 Rtlr. 15 Sgr., auch 1 Rthlr. 20 Sgr.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

Bei **E. S. Mittler** in Posen ist zu haben:
Entwurf einer allgemeinen Handwerker- und Gewerbeordnung für Deutschland. Berathen und beschlossen von dem Deutschen Handwerker- und Gewerbekongreß zu Frankfurt a/M. in den Monaten Juli und August 1848. Preis 2½ Sgr.

Bei **E. S. Mittler** in Posen ist zu haben:
Geschichte der Neuesten Zeit in Biographieen und Charakteristiken von E. T. Jäkel. Erstes Bändchen: Johann, Erzherzog von Oesterreich. Heinrich von Gagern. Friedrich Hekker. Preis 2 Sgr.
Die Deutsche Centralgewalt und Preußen. Von Graf Arnim-Boitzenburg, Staats-Minister a. D. Preis 5 Sgr.

An Beiträgen zur Deutschen Marine sind bei dem Schutzvereine des Posener-Schrodaer Kreises ferner eingegangen: 2) Aus Wierzonka: Melanie v. Treskow 5 Rthlr., Charlotte Schüler Baudisson 1 Rtlr., Clara v. Treskow 1 Rthlr. 15 sgr., Hugo v. Treskow 1 Rthlr. 15 sgr., Hedwig v. Treskow 1 Rhlr., Cecilie v. Treskow 1 Rthlr., Bölik 1 Rtlr., Franke 20 sgr., Lewandowski 10 sgr., Heckert 7½ sgr., Busch 7½ sgr., Zerbian 5 sgr., Nachtigall 7½ sgr., Adamczewski 5 sgr., Rugus 5 sgr., Stasinski 2½ sgr., A. Zilm 5 sgr., Alb. Käufer 1 Rtlr., G. St. aus Camburg 2 Rthlr., L. v. Treskow 10 Rtlr., Langner 15 sgr., Rossin 2½ sgr., E. Schnabel 2½ sgr., Chr. Zilm 2½ sgr., Neumann 2½ sgr., Groszkiewicz 2½ sgr., Schiler 2½ sgr., Gerlach 2½ sgr., Peschel 2½ sgr., Weichsel 2½ sgr., Otto Käufer 5 sgr., H. Käufer 5 sgr., Gramowski 10 sgr., Käufer sen. 1 Rthlr. 12½ sgr., Gerlach 2½ sgr., Ernestine Käufer 15 sgr., Alwine Luka 10 sgr., Ottilie Fuhrmann 5 sgr., Weichsel 5 sgr., Rieske 5 sgr., Beate Barnicka 5 sgr., Lieske 3 sgr. Summa 32 Rtlr. 15½ sgr. — 3) Aus Maruszka: Bresch 2½ sgr. — 4) Aus Kowalskie: Kayser 5 sgr. — 5) Aus Gollun-Hauland: Kelm 5 sgr., Braun 5 sgr., Hoherz 2½ sgr., Primas 5 sgr., J. Streech 5 sgr., M. Streech 5 sgr., Lüdtke 5 sgr., Fr. Seel 5 sgr., Gottfr. Seel 5 sgr., Schiebe 2½ sgr., Trinkus 5 sgr., Glaser 5 sgr., Summa 1 Rthlr. 25 sgr. — Ueberhaupt sind eingekommen 55 Rthlr. 3 sgr. (Fortsetzung folgt.)

Bekanntmachung.

Zur Pflasterung einiger Straßen im Laufe des Sommers k. J. sind 40 bis 50 Schachtruthen Feldsteine und 120 bis 150 Schachtruthen Sand erforderlich, deren Lieferung im Wege der öffentlichen Licitation an den Mindestfordernden ausgethan werden soll.

Wir haben hierzu Termin auf den 13ten September c. Vormittags 10 Uhr in unserm Sitzungssaale auf dem Rathhause anberaumt, und laden Lieferungslustige zu demselben ein.

Die Bedingungen können in unserer Registratur eingesehen werden.

Posen, den 7. Juli 1848.

Der Magistrat.

Publikations-Patent.

In der Interimstabelle des Martin Maaßschen Bauergrundstücks zu Sittno No. 7. A. stehen 29 Thlr. für den Gutsbesitzer Krieger zu Ostrowke zur künftigen Eintragung notirt. Das darüber ausgefertigte Dokument, bestehend aus einer Ausfertigung der Klage vom 24. Juni 1840, der Vorladung des Maaß de eod. dato, des doc. ins. vom 20. Juli 1840 und der Verhandlung vom 28. Juli 1840, nebst dem Notirungsatteste vom 15. Juni 1841, ist jedoch verloren gegangen, die Forderung selbst aber bereits berichtigt und darüber unterm 9. Mai 1845 löschungsfähig quittirt.

Es werden daher alle diejenigen, welche als Eigenthümer, Cessionarien, Pfand- oder sonstige Briefsinhaber Ansprüche auf das vorgedachte Dokument zu haben vermeinen, hierdurch aufgefordert, diese Ansprüche innerhalb neun Wochen, spätestens in termino den 24. Oktober hora X. hierselbst anstehenden Termine in Person oder durch einen zuläßigen Bevollmächtigten anzumelden und nachzuweisen, widrigenfalls dieselben mit ihren etwanigen Ansprüchen an das fragliche Dokument unter Auferlegung eines ewigen Stillschweigens präkludirt und das mehrerwähnte Dokument amortisirt werden wird. — Vandsburg, den 30. Juni 1848.

Königliche Land- und Stadtgerichts-Commission.

Bekanntmachung.

Behufs Lieferung von 2 verschließbaren Repositorien, 11 dergl. Schreibpulten, 8 Dreh- oder Schraubstühlen, 2 Dutzend Rohrstühlen u. s. w. in die neuen Geschäftslokale der Königlichen Intendantur des 5. Armee-Corps, durch den Mindestfordernden, wird hiermit Lizitationstermin auf

Sonnabend, den 9. September c. Vormittags 9½ Uhr,

im Geschäftslokal der unterzeichneten Verwaltung Schützenstraße No. 1., anberaumt, zu welchem die geeigneten Tischlermeister mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die desfallsigen Bedingungen im letztgedachten Geschäftslokale zur Einsicht liegen.

Posen, den 4 September 1848

Königliche Garnison-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Die Salz-Anfuhr aus dem hiesigen Salz-Magazin nach Wreschen soll unter den gewönlichen Bedingungen resp. auf 1 Jahr und 3 Jahre, vorbehaltig höherer Genehmigung öffentlich an den Mindestfordernden ausgeboten werden Es wird hiezu ein Termin auf den 19. Septbr. c. in unserm Amtslokal angesetzt, wo auch die Bedingungen von heute ab während der Amtsstunden eingesehen werden können.

Posen, den 4. September 1848.

Königl. Haupt-Steuer-Amt.

Bekanntmachung.

Brennholz-Versteigerung in der Königlichen Oberförsterei Bolewice, Kreis Buk, Regierungs-Bezirk Posen.

Am 20. September c. Vormittags 9 Uhr sollen im Kruge zu Bolewice gegen 300 Klaftern Buchen Kloben, (meist Weißbuchen) circa 500 Klaftern Birken-Kloben, desgl. 500 Klaftern Elsen-Kloben im Wege der Licitation öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden. Das Holz steht circa 3 Meilen von der Warthe, 2 Meilen von der flößbaren Obra und wird auf Verlangen vor dem Termine vorgezeigt. Kaufsummen bis 50 Rthlr. müssen sogleich im Termine baar bezahlt, von größeren Beträgen der 4te Theil als Angeld deponirt werden. Die übrigen Bedingungen werden im Termine selbst näher bekannt gemacht.

Bolewice bei Neustadt bei Pinne, den 2. Sept 1848.

Der Revier-Verwalter. Vogelgesang.

Das landwirthschaftliche Institut in Jena betreffend.

Die Vorlesungen des nächsten Winterhalbjahres werden am 30. October beginnen. Nähere Nachricht von der gegenwärtigen Einrichtung dieser Anstalt findet man in der Schrift: „Nachricht von dem landwirthschaftlichen Institute zu Jena" u. s. f. Jena, Friedrich Frommann. 1848. 2 Sgr. — Wer dieses Institut besuchen will, hat sich einige Zeit vor dem Anfange der Vorlesungen bei dem unterzeichneten Director zu melden.

Jena, im August 1848.

Friedrich Schulze.

Badewanne und Pianoforte-Kiste billig zu verk. Wilh.-Pl. 16. 2. St. l.

Gerber- und Büttel-Straßen-Ecke No. 12 ist eine Stube im ersten Stock nach vorne heraus zu vermiethen.

Vom Hofe des Hôtel de Bavière sind gestern Nachmittag zwei kleine Ferkel entlaufen, wer dieselben dorthin abliefert oder nachweiset, erhält eine Belohnung von „zwei Thaler."

Posen, den 5. September 1848.

Bürgergesellschaft.

Sonntag den 10ten September Nachmittags 4 Uhr findet eine

General-Versammlung

der Bürgergesellschaft im Odeum statt. Gegenstände der Berathung sind:

1) Miethung eines Lokals vom 1. Oktober c. ab,
2) Wahl eines neuen Vorstands und eines Ehrengerichts.

Bei der Wichtigkeit der Verhandlung wird um rege Theilnahme dringend gebeten. Stimmfähig sind auch die erst vom 1sten Oktober ab beitretenden Personen, sofern sie bis zum Versammlungstage aufgenommen sind. Meldungen solcher neuen Theilnehmer können im Lesezimmer des Odeums abgegeben werden, und werden baldigst erbeten, weil sich nach der Zahl der Gesellschaftsmitglieder die Größe des zu miethenden Lokals richtet.

Posen, den 5. September 1848.

Der Vorstand der Bürgergesellschaft.

Das beliebte **Dresdner Waldschlößchen-Bier** ist auch in der Klingenburgschen Weinhandlung Breslauer-Str. No. 37 zu haben, empfiehlt zugleich kalte und warme Speisen, so wie vom 1. Okt. d. J. einen Mittagtisch im Abonnement pro Monat 7½ Thl.

Stargard-Posener Eisenbahn.

Von mehreren Theilnehmern, welche von der Station Wronke aus sich der am 2ten d. Mts. statt gehabten Extrafahrt von Posen nach Stettin anschlossen, wurde Beschwerde geführt, daß bereits am 1sten früh sämmtliche Fahrbillets vergriffen, dagegen bei dem hiesigen Apotheker Bombelon dieselben für einen erhöhten Preis von 1½ Rthlr. bis 2 Rthl. feil gewesen und wirklich gekauft worden sind.

Da aber durch diesen Afterhandel nicht blos die Absicht des Directorii: dem Publikum eine Belustigungsfahrt auf eine billige Weise zu veranstalten, wobei das Directorium selbst den eigenen Vortheil unbedacht gelassen, vereitelt, sondern auch in die, durch Festsetzung des Fahrpreises dem Publikum zustehenden Rechte — für einen Thaler die Fahrt mitmachen zu können — unbefugter Weise eingegriffen worden, so ist es angemessen, daß diese Handlungsweise gesetzlich verfolgt werde.

Ich ersuche daher alle diejenigen, welche Fahrbillets für einen höheren Preis haben ankaufen müssen, mir unter Angabe des Preises und des Verkäufers recht baldige Anzeige zu machen, damit das Weitere, und hoffentlich auch die Rückerstattung des Zuviel bezahlten, veranlaßt werden kann.

Wronke, den 3. September 1848.

Der Abtheilungs-Baumeister Bürkner.

Noch immer ist man der Meinung, daß nur in großen Städten ein tüchtiges Werk verfertigt werden könne, während es nicht selten sich ereignet, daß gerade in großen Städten recht liederlich und schlecht gearbeitet wird. Ein solcher Fall hat jetzt in unserer Nähe stattgefunden. So hat ein gewisser Tischlermeister Loeschke aus Posen das Hochaltar für die Kirche in Trebisch gebaut. Wir würden uns schämen, eine solche Arbeit abzuliefern, und es ist eine Schande für den, der einen solchen Mann empfohlen hat. Wenn es wahr ist, daß dieser Bau 760 Rthlr. kostet, so ist das etwas Unerhörtes. Für die Hälfte hätten wir denselben ausgeführt, eine saubere Arbeit geliefert und dabei noch einen schönen Verdienst gehabt. Wenn der ꝛc. Loeschke der empfehlungswerthe, also beste Tischler in Posen ist, so erhalten wir einen schlechten Begriff von den übrigen Meistern.

Landsberg a/W. Heinrich. Bohne.
Tischlermeister. Tischlermeister.

Beitrag zur Preuß. Rechtspflege.

In der vor dem Königl. Ober-Landesgericht hierselbst schwebenden Prozeßsache Gruhlsche Erben c/a. Ripke hat dasselbe dem hiesigen Königl. Land- und Stadtgericht unterm 1sten Mai 1847 die Abhörung der Herren Bau-Inspektoren Bockroth und Lange als Sachverständige aufgegeben. Nach 16 Monaten halten dieselben mit ihrem Gutachten noch zurück; warum? wird ihnen am besten bekannt seyn. Auch die Gerichtsbehörde scheint, trotz aller Beschwerden, nicht die Kraft zu haben, diese beiden Herren zu ihrer Schuldigkeit anzuhalten.

Da Herr Pastor Röder laut seiner in der Posener Zeitungs-Beilage No. 184. gemachten Bekanntmachung sich für zu erhaben hält, seinen Parochianen öffentlich Rechnung zu legen, so werden die betreffenden Fakta Einem Königlichen Hochwürdigen Konsistorio zur Untersuchung vorgelegt werden.

Der Erfolg dieser Untersuchung wird zeigen, wer sich eigentlich unter eine Nebelkappe hat bergen wollen.

Neustadt b/P., den 25. August 1848.

X. Q.

(Mit einer Beilage.)